

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 148. Ratssitzung vom 28. November 2012

3341. 2011/160

Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 18.05.2011: Verzicht auf Unterbringung von Asylanten in einem Wohnquartier

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den beiden Postulaten 2011/160 und 2012/3 (Protokoll-Nrn. 3341 und 3342).

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1333/2011): *Es ist unbestritten, dass die Stadt Zürich ein bestimmtes Kontingent an Asylanten aufnehmen muss. Problematisch finden wir jedoch, dass Personen aus dem Asylbereich in Wohnquartieren angesiedelt werden. Die Befürchtungen der Bevölkerung sind nicht unbegründet. Das Zusammenleben mit Personen aus anderen Kulturen gestaltet sich schwierig, dem muss Rechnung getragen werden. Asylzentren sollen dort platziert werden, wo sie nicht stören.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Wir anerkennen gewisse Probleme und unternehmen Anstrengungen, die Bevölkerung nicht unnötig zu belasten. In den letzten Monaten brachten wir hunderte Personen unter, ohne dass es zu Beschwerden kam. In der Regel läuft das Zusammenleben problemlos ab.*

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2189/2012): *Die Realität sieht nicht so aus, wie sie Martin Waser geschildert hat. Es gibt nicht grundlos viele besorgte Bürger. Beim Triemlispital wollte man die Personalhäuser zu einem Asylzentrum umfunktionieren. Bei der herrschenden Wohnungsknappheit ist dies unzumutbar. Wenn die Personalhäuser nicht mehr für die Mitarbeiter des Stadtsitals gebraucht werden, könnte man dort Studierende oder Personen mit geringem Einkommen, einquartieren. Die Bedürfnisse der Schweizer Bevölkerung werden nicht berücksichtigt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Das Postulat ist überholt. In den Personalhäusern leben die Asylbewerber und -bewerberinnen seit neun Monaten, ohne dass es zu Problemen kam. Wir sind in der Lage ein gutes Zusammenleben zu fördern.*

Weitere Wortmeldungen:

Tamara Lauber (FDP): Wir stimmen dem ersten Postulat zu, lehnen aber dasjenige von Mauro Tuena (SVP) ab. Wir sind der Meinung, dass Asylsuchende an entlegenen Orten untergebracht werden sollen. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich für Asylsuchende, die sich in laufenden Verfahren befinden, zu attraktiv ist. Ich bin aber erfreut, dass Stadtrat Martin Waser erkannt hat, dass es ein Problem mit Asylsuchenden gibt.

Roland Scheck (SVP): Unser Asylwesen ist aus dem Ruder gelaufen. Die wenigsten Asylbewerber sind keine Wirtschaftsflüchtlinge. Nach dem Dubliner-Abkommen könnten die wenigsten Asylbewerber in der Schweiz Asyl beantragen. Asylbewerber und Asylbewerberinnen gefährden unseren gesellschaftlichen Frieden. Bei einem Standortentscheid muss diese Tatsache berücksichtigt werden und Wohnquartiere von Asylbewerbern verschont werden. Die Wohnsituation in der Stadt Zürich ist prekär. Wenn es günstigen Wohnraum in der Stadt Zürich gibt, sollte dieser Wohnraum denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die ihn auch tatsächlich brauchen und nicht Wirtschaftsflüchtlingen.

Andrea Hochreutener (SP): Asylbewerber und Asylbewerberinnen suchen Schutz vor Verfolgung. Sie können sich besser integrieren, wenn wir sie nicht von Anfang an als schlecht und kriminell behandeln.

Andreas Edelmann (SP): Ich verstehe die Ängste der SVP nicht. Im Allgemeinen verläuft das Zusammenleben problemlos. Es ist unbestritten, dass es zu Problemen führt, aber man kann die Kriminalität nicht mit der Asylfrage zusammenwerfen. Es handelt sich um Menschen, die so gut wie möglich in der Stadt integriert werden sollen. Ich halte es für ein Scheinargument, wenn gesagt wird, die Wohnungen sollten finanzschwachen Zürchern zur Verfügung gestellt werden. Es gibt genug andere Möglichkeiten, die Wohnungsnot in Zürich zu lösen.

Gerhard Bosshard (EVP): Diese Anträge sind einerseits von Ängsten vor dem Fremden geprägt und andererseits vom Versuch, kantonale und staatliche Verordnungen auf Gemeindeebene zu verändern. Wir haben eine grosse humanitäre Tradition. Als Grossstadt müssen wir liberal denken und zwischen Delinquenten und Schutzbedürftigen, die sich nichts zuschulden kommen liessen, differenzieren.

Karin Weyermann (CVP): Bei den Postulaten geht es lediglich um die Unterbringung. Ich habe mich gefragt, wie es möglich sein soll, in der Stadt Zürich Menschen ausserhalb von Wohnquartieren einzuquartieren. Die Probleme müssen anders gelöst werden.

Dominique Feuillet (SP): Ich weiss auch nicht, wie man Asylsuchende nicht mitten in Wohnquartieren einquartieren soll. Die Personenhäuser im Triemli befinden sich nicht mitten im Wohnquartier, aber dies scheint der SVP scheinbar auch nicht recht. Wir stehen zur humanitären Tradition der Schweiz.



3 / 3

Mauro Tuena (SVP): Die Voten gehen an der Realität vorbei. Die Asylpolitik wird nicht vom Volk mitgetragen. Ich verstehe nicht, wie Menschen in ihren Ländern bedroht sein können, aber gleichzeitig ihren Urlaub im Ursprungsland verbringen. Über 80% sind Scheinflüchtlinge. Es gibt durchaus freie Flächen, die sich nicht in Wohnquartieren befinden.

Roger Bartholdi (SVP): Es geht darum, dass alle Asylsuchenden Probleme machen. Es gibt Alternativen zu Wohnquartieren in der Stadt Zürich.

Das Postulat wird mit 40 gegen 76 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat